

auch erlebt, daß eine „Magenverstimmung“, die der Staatssekretär Gysi einem kirchenleitenden Menschen gegenüber beklagte, bei uns als „Darmdurchbruch“ ankam. Das zwang uns dann, uns ein Stück Unempfindlichkeit und manchmal Rücksichtslosigkeit gegenüber den Kirchenleitungen anzugewöhnen, um zu erkennen, daß der „Darmdurchbruch“ eben nur eine „Magenverstimmung“ ist.

Fairerweise will ich auch von der Erfahrung berichten, daß Kirche uns immer wieder als Druckmittel gegenüber den Machhabern verwandt hat. Das ging dann etwa nach der Devise: Ihr Regierenden müßt uns in dieser oder jener Angelegenheit noch ein Stück entgegenkommen, sonst können wir die Chaoten in unseren Gruppen nicht ruhig halten. Das wird dann alles noch schlimmer, wenn ihr uns nicht noch ein Stück entgegenkommt. Das war oft ein heikles Spiel, das z. B. auch Manfred Stolpe mit den Mächtigen gespielt hat. Aber auch das sei fairerweise gesagt: Das eine oder andere ist damit eben auch erreicht worden. So können wir heute sagen: Dadurch, daß es die Gruppen gab, ist die Verhandlungsposition der Kirchen gegenüber den Machhabern stärker geworden. Die Gruppen wurden zu politischen Faktoren, die die Regierenden zu Kompromißlösungen zwangen. Die Gruppen in der ganzen Vielfalt ihrer Interessen, Lebensformen und Persönlichkeiten, so möchte ich hier schon vorwegnehmend sagen, haben eine heilsame Unruhe in die Kirchen hineingetragen, haben manche verschreckt, manche zum Nachdenken und Mittun angeregt und zu jener Politisierung beigetragen, die es ermöglichte, daß die Kirchen in der Zeit der Wende ganz nahe beim Volk waren. Wir werden heute eine eigentlich viel zu kleine Zahl von Menschen hören können, die sich in diesen Gruppen engagierten. Ich danke denen, die sich von uns zu dieser Anhörung haben einladen lassen. Ich weiß, daß es hier bei dem einen oder anderen auch Bedenken zu überwinden gab. Darüber sollte nachher auch ganz offen gesprochen werden. Ebenso offen sollte auch darüber geredet werden, was aus den Gruppen und den Menschen in ihnen nach der Wende geworden ist. Wie geht es ihnen heute? Wo stehen sie jetzt? Was machen sie heute? Welche Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten sehen sie heute in Kirche und Gesellschaft? Wo sind ihre Erwartungen erfüllt und wo sind sie enttäuscht worden? Es wird bei all diesen Fragen, so ist meine Ahnung, nicht nur um Vergangenheit gehen, sondern – wie überhaupt bei der Arbeit der Enquete-Kommission – auch um unsere Gegenwart und um unsere Zukunft. Wir werden uns darum den Fragen und der Unruhe aussetzen. Ich wünsche uns allen bis 14.00 Uhr einen möglichst guten und intensiven Tag und bitte jetzt fortzufahren. Der erste, der jetzt für uns reden wird zum Thema „Die Kirchen und die Gruppen“ ist Pfarrer Rudi Pahnke aus Borgsdorf bei Berlin. Bitte, Herr Pahnke.

**Pfarrer Rudi-Karl Pahnke:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte drei Dinge vortragen. Das Thema habe ich so formuliert: „Die Kirchen

des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ihr Verhältnis zu den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen“:

1. Das Jahr 1968 als Ausgangspunkt und Zäsur;
2. Von 1968 bis 1989 – die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparatheit der Gruppen;
3. Beispiele für diese Situation.

1. *Das Jahr 1968 als Ausgangspunkt und Zäsur:*

Die Ereignisse des Jahres 1968 haben die Verhältnisse in der DDR entscheidend beeinflußt und verändert. Ein Jahr später, 1969, wurde der Bund der Evangelischen Kirchen gegründet. Seine Gründung hat zwar keine augenfällige direkte Beziehung zu den Ereignissen des Jahres 1968, aber muß auch in diesem Zusammenhang verstanden werden. Ich möchte das an zwei Ereignissen deutlich machen. Am 6. April des Jahres 1968 wurde in einem Volksentscheid über eine neue, jetzt als sozialistisch deklarierte Verfassung abgestimmt. Diese Verfassung war für die Kirchen zweifellos ein Härtefall. Ihnen wurde zugemutet, daß die in der Verfassung von 1949 garantierten Rechte nun nicht mehr verfassungsrechtlich geregelt wurden. 1949 hieß es: „Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts ...“ (Artikel 43). Ihnen wird auch zugestanden, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“ (Artikel 41). So haben sich die Kirchen auch immer verstanden. Die Artikel 40 bis 48 behandeln dann die grundsätzlichen Fragen der Beziehung zwischen Staat und Kirche inklusive Religionsunterricht. 1968 werden lediglich in zwei Absätzen des Artikels 39 die grundsätzlichen Fragen der Beziehung zwischen Staat und Kirche behandelt. Mitglieder der Kirchen haben durch viele Eingaben diese Formulierung erzwungen. Zusätzlich kann man noch den Artikel 20 heranziehen, in dem es im ersten Absatz heißt: „Jeder Bürger der DDR hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten. Gewissens- und Glaubensfreiheit sind gewährleistet. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich.“ In Artikel 39 heißt es dann, daß jeder Bürger das Recht hat, „sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben“. Im zweiten Absatz des Artikels 39 heißt es, daß die Kirchen ihre Angelegenheiten und ihre Tätigkeiten in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR ausüben und ordnen. Das war zweifellos eine sehr schroffe verfassungsrechtliche Reduzierung gegenüber 1949, obwohl diese Regelungen von 1949 bereits zwischen 1949 und 1968 ausgehöhlt waren, wenn man an 1953 und die folgenden Jahre denkt. Eine Kann-Bestimmung ließ in Absatz 2 dieses Artikel 39 alles offen. Damit hing letztlich alles von der Gnade oder Ungnade des Parteiapparates 1968 ab. So

heißt es dort: „Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden.“ Damit war für die Kirchen sehr vieles offen. Zwar war es so, daß im April 1968 lediglich 94,49 Prozent der DDR-Bevölkerung für diese Verfassung gestimmt haben, aber was bedeutete das schon in der praktischen Politik der DDR. Die SED hatte mit diesem Verfassungstext freie Hand. Die Kirchen befanden sich seit Gründung der DDR – vor allem zwischen 1952 und 1953, auch speziell seit 1954 –, mehr oder weniger in der Defensive, also seit ihren katastrophalen Einbrüchen durch die mit staatlichem Druck eingeführte und durchgesetzte Jugendweihe. Die Gemeinden waren dezimiert durch die hohe Zahl der Flüchtlinge Richtung Westen vor dem Mauerbau, das ist ja ein Fakt, den man nicht vernachlässigen darf, verursacht z. B. durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. In der Zeit zwischen 1961 und 1968 hat sich die DDR dann zweifellos nach innen und außen konsolidiert. Die Macht, hieß es in vielen Diskussionen, an die ich mich erinnern kann, lassen wir nicht mehr aus den Händen. Man bemühte sich, die Jugend systematisch von der Kirche zu entfremden. Das kann man nachweisen. Die Säkularisierung hat in der DDR eine eigene Farbe, unter anderem dadurch, daß die FDJ alles an sich zog oder ziehen mußte, was nach Jugendsozialarbeit, Jugendfreizeiten, staatlicher Jugendhilfe u. a. aussah. Mit Hilfe des gesamten staatlichen Repressionsapparates versuchte man, jeden Versuch auch von nichtkonfessioneller Seite zu unterbinden bzw. einzuschränken, in diesen Bereichen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit eigene Konzepte und Ideen umzusetzen, eigene Strukturen zu schaffen und aufzubauen und die engen Grenzen der vom Staat konzedierten Religionsausübung zu erweitern. Erst 1987 z. B. ist es gelungen, eine Fachtagung der Kirche zu Fragen der Jugendsozialarbeit mit Vertretern der staatlichen Jugendhilfe und Fachleuten aus den unterschiedlichsten staatlichen Institutionen durchzuführen. Die Schaffung des Bundes der Evangelischen Kirchen 1969 beinhaltete seitens der Kirchen bei allen damit in den Kirchen gegebenen Differenzierungen und Konflikten doch gleichzeitig den Versuch, das auch auf die Kirchen seitens der SED häufig mit Erfolg angewandte Prinzip „Teile und herrsche“ zu unterlaufen. Man denke an den Thüringer Weg. Der Staatsapparat hat die Existenz des Bundes trotz der Aussage in Artikel 4 Abs. 4 der Grundordnung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR von der Gemeinschaft mit den Kirchen im anderen Teil Deutschlands schließlich akzeptiert und in der Folgezeit auf verschiedene Weise versucht, sich auch diese kirchliche Struktur des Bundes für die eigenen politischen Ziele zunutze zu machen. Die kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen zur Kirche im Sozialismus boten dafür Ansatzpunkte. Der Staat verstand sie zweifellos anders, als die Kirchen sie verstanden, und zwar als eine Zuweisungsformel. Das war keine Konfliktformel im Sinne des Staates, sondern eine Zuweisungsformel. Eine fundamentale kritische Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen, der Grundstruktur, der Praxis dieser Gesellschaft erfolgte meines Erachtens – nach den zehn Artikeln über „Dienst und Freiheit

der Kirche“ (1963) – erst wieder in der Ökumenischen Versammlung in den letzten Jahren der DDR, 1987 bis 1989. Ich meine eine fundamentale Auseinandersetzung; partiell ist das immer wieder geschehen, das ist klar. Das Jahr 1968 aber war natürlich vorrangig durch ein ganz anderes Ereignis bestimmt, und zwar durch die Besetzung der CSSR durch die Staaten des Warschauer Vertrages. Viele Menschen auch in der DDR haben auf den Erfolg und den Durchbruch des Prager Frühlings gehofft. Manche haben, wie erst jetzt aus den Akten der Staatssicherheit ersichtlich ist, vieles riskiert. Stefan Wolle hat das sehr deutlich gemacht: „Untergang auf Raten“. Auch in seinen Recherchen zu den Akten der Gauck-Behörde ist das sehr deutlich geworden. Der Sozialismus mit menschlichem Antlitz Dubceks hat über die verschiedenen Abgrenzungen hinweg, Grenzen zwischen den Menschen und Menschengruppen, Menschen fasziniert, Christen und Marxisten, Atheisten, Dissidenten verschiedener Couleur und sich als glaubend verstehende Menschen: Havemann, Biermann, Heino Falcke und andere. Falcke wählte bei dem Vortrag 1972, der schon erwähnt wurde, Formulierungen, die für den Kundigen den Zusammenhang mit Prag 1968 sehr deutlich herausstellten. Deshalb wurde er eine Zielscheibe der politischen Diffamierung und der staatskonformen theologischen Kritik. Das Jahr 1968 ist so etwas wie eine Grenzscheide in der Geschichte der DDR. Es war von erheblicher Bedeutung, daß die Kirchen – bis auf Ausnahmen – die militärische Intervention als eine folgenschwere, tragische politische Fehlentscheidung ansahen. Der Brief der Kirchenleitung an die Kirchen der CSSR war zwar kein empörter Aufschrei, aber er unterschied sich diametral von der offiziellen Propaganda und auch von der Zustimmung der Blockparteien, inklusive CDU. Seit diesem Ereignis, seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages 1968, nahmen sich Menschen mit einem kritischen Bewußtsein in der DDR anders wahr. Manche Personen in der Kirche werden von da an von politisch wachen, DDR-kritischen Menschen als Verbündete in einem zwingend notwendigen Veränderungsprozeß entdeckt. Die Kirche wird in Ansätzen als ein möglicher Raum der Freiheit erfahren und reflektiert, von Schriftstellern, von Liedermachern, von philosophisch denkenden Menschen, von Personen, die über andere pädagogische Konzepte nachdenken, denn die Kirchen haben in den peinlichen Chor jener, die der Besetzung der CSSR zustimmten – hier könnte man listenweise die Namen und Institutionen vorführen –, nicht eingestimmt, von einigen einzelnen Personen abgesehen. Man hat damals offensichtlich deutlich empfunden, daß hier eine Grenze überschritten war. Das heißt, die Breschnewdoktrin wurde nach meiner Wahrnehmung von den meisten Christen und Kirchen nicht mit vertreten, und das öffnete die Wege zu den Koalitionen und Komplikationen der folgenden Zeit.

2. *1968 bis 1989 – die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparität der Gruppen:*

Die Kirchen und die Personen der Kirche haben auf die sich in der Folgezeit bildenden Gruppen, zu denen immer auch Nichtchristen gehörten, unterschiedlich reagiert. Natürlich hat es im Raum der Kirche auch vor 1968 Begegnungen mit nichtchristlichen Personen gegeben, zum Beispiel mit Schriftstellern und Fachleuten unterschiedlicher Art bei den Evangelischen Akademien oder bei der Goßnerschen Mission, die für sich in Anspruch nahm, für Menschen aus dem Raum der Gesellschaft besonders offen zu sein. Aber nun nach 1968, durch 1968, war das alles anders. Da kamen die Menschen von außen, vor allem die politisch Kritischen, die sich zum Beispiel mit Robert Havemann identifizierten. Da wurden junge Liedermacher wie Gerhard Schöne oder Bettina Wegner im Raum der Kirche aktiv. Mitte der siebziger Jahre sang Wolf Biermann in der Kirche in Prenzlau. Der eine, Gerd Schöne, war in der Kirche, ihn konnte man darum nicht abweisen, man ertrug ihn gern, leidend, und auch das, was er sang. Bettina Wegner jedoch war Nichtchristin, aber suchte den Freiraum der Kirche und die Menschen der Kirche. Das wurde bald zum Konflikt, da die Gefahr bestand, daß sie die Kirche in ihre Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus hineinzog. Die Kirche geriet in einen Differenzierungsprozeß hinein. Ein Teil der jungen Generation der Kirche identifizierte sich mit den Texten von Havemann, Biermann, Wegner, Schöne und anderen. Einige Mitglieder der Kirchenleitung teilten diese kritische Sicht, andere aber reagierten auf dem Hintergrund ihrer Identifikation mit dem DDR-Staat und/oder mit theologischen Argumenten schroff ablehnend. Diese Konflikte spielten von nun an eine wesentliche Rolle zwischen der Jugendarbeit der Kirche und den Kirchenleitungen. Ein Hintergrund dieser Konflikte waren offensichtlich die Kontakte zwischen Kirchenleitung und staatlichen Stellen und – wie wir damals ahnten und nun wissen – MfS und IM in den Kirchen. Solche Konstellationen wiederholten sich in fast allen folgenden Auseinandersetzungen. Aber in der jungen Generation wurden die ideologischen Grenzüberschreitungen, die vorher viel komplizierter zu bewerkstelligen waren, das Normale. Dabei verknüpfte sich eine bewußt christliche Lebenseinstellung häufig mit einer DDR-kritischen politischen Haltung, ohne die Existenz der DDR in Frage zu stellen. In den siebziger Jahren wurde Kirche auf diesem Hintergrund als Frei- und Lebensraum für junge Leute zunehmend interessant, sicher auch im Zusammenhang der Repressionen der Gesellschaft. Die junge Generation nahm den weltanschaulichen Konflikt nicht mehr todernst, sondern war bereit, andere Positionen ohne Verkrampfung und Angst zur Kenntnis zu nehmen. Die Kirche hat sich ihrerseits mit dem Aufbau einer seelsorgerlichen Ausbildung – hier ist der Name Siegfried Ringhandt zu nennen – und vielfachen Bemühungen um die Fragen der Jugendarbeit und der jungen Generation auch ihrerseits bemüht, der jungen Generation angemessen

zu begegnen. Da haben zum Beispiel FDJler 1973 beim Weltjugendtreffen in Berlin in großer Zahl die Kirchen in Berlin aufgesucht und sie als einen Ort der Nachdenklichkeit erlebt. Das war für uns außerordentlich überraschend, befremdlich und gleichzeitig herausfordernd. Es entstanden in diesen Jahren neue kirchliche Arbeits- und Lebensformen, wie die offene Arbeit mit ihren Grundprinzipien: einfach leben, gemeinsam leben, gewaltfrei leben. Sie hatte zunächst einen Schwerpunkt in Thüringen. Walter Schilling ist hier anwesend, er spielte eine zentrale Rolle, hat viele Bereiche der kirchlichen Jugendarbeit verändert und herausgefordert, bis in die Zeit der Wende hinein. Die Kirche und Diakonie der Kirche reagierten auf die Veränderungen und auch Unsicherheiten der jungen Generation mit dem Aufbau einer sozialdiakonischen Ausbildung ab 1972 und dem Aufbau sozialdiakonischer Arbeitsfelder in vielen Großstädten der DDR. Der Staat und die Staatssicherheit haben diese Vorgänge, wie inzwischen hinreichend bekannt ist, mit Argwohn registriert, zu steuern und zu beeinflussen versucht.

1976 war dann ein entscheidender Schnittpunkt: In Zeitz hatte sich Pfarrer Brüsewitz verbrannt. Im November wurde Wolf Biermann aus der DDR ausgewiesen. Bei der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im Sommer 1976 hatten die Eurokommunisten erzwungen, daß alle Reden im „Neuen Deutschland“ abgedruckt werden müssen, was dann geschah. Da waren dann die fundamentalkritischen Sätze des Spaniers Carillo oder die Reden der Italiener im „Neuen Deutschland“ nachzulesen. Das „Neue Deutschland“ war an diesen Tagen vergriffen.

Anlässlich der Diffamierungskampagne gegen Brüsewitz kritisierten junge kritische Marxisten das „Neue Deutschland“ und solidarisierten sich mit der Kirche. Sie verfaßten eine Eingabe an Erich Honecker. Vier Personen wurden daraufhin inhaftiert und verurteilt. Andere wurden zunächst festgesetzt und hatten Hausdurchsuchungen zu ertragen. Wie reagierte darauf die Kirche? Der leitende Bischof des DDR-Kirchenbundes hat den Brief jener kritischen Sozialisten nicht entgegengenommen, den ihm zwei Jugendpfarrer mit der Bitte brachten, ihn an die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Magdeburg zu leiten. Man befürchtete offensichtlich, in Konflikte mit dem Staat hineingezogen zu werden. Der damalige Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union, Dr. Reinhold Pietz, hat dann jedoch diesen Brief entgegengenommen und ihn an die provinzsächsische Kirche weitergeleitet, das heißt ein Duplikat dieses Schreibens, denn das Original war ihm von einem Staatsanwalt während eines Empfangs für den russisch-orthodoxen Exarchen abgenommen und beschlagnahmt worden. Pietz hatte jedoch eine Kopie anfertigen lassen, und so kam der Brief doch dorthin, wo er hinsollte. Dieser Konflikt zeigt meines Erachtens exemplarisch, wie zerrissen die Kirche auf Vorgänge solcher Art reagierte. Die kirchliche Leitstrategie für solche Konfliktsituationen hat Albrecht Schönherr immer wieder mit folgenden Worten formuliert: „Wir

müssen unterhalb der Schwelle der Konfrontation bleiben.“ Diesen Satz kannten wir alle auswendig. Und oft war von kirchenleitenden Personen in Konfliktsituationen zu vernehmen: „Das können wir den Genossen nicht zumuten.“ Andere Personen aber waren bereit, sich über die Konfliktvermeidungsstrategie hinwegzusetzen und sehr viel stärker auf die Anliegen der sich Anfang der achtziger Jahre herausbildenden Gruppen zu hören, z. B. Gottfried Forck. Die Kirche und die Kirchenleitungen befanden sich zweifellos, wie noch zu zeigen sein wird, in einem Differenzierungsprozeß. Natürlich kann heute auch nicht mehr übersehen werden, daß sich die Gruppen ebenfalls in einem Differenzierungsprozeß befanden. Es kann z. B. heute oft noch nicht präzise genug gesagt werden, was die Staatssicherheit in den Gruppen steuerte, wo sie bremste, wo und wie sie Konflikte inszenierte, provozierte und wo nicht. Das ist eine sehr spannende, auch dramatische Frage.

1978 erregte – kurz nach dem Gespräch zwischen Honecker und Schönherr – die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichtes an den Schulen viele Jugendliche, Eltern und Jugendmitarbeiter. Schauen wir ganz kurz zurück: 1962 wurde in der DDR die Wehrpflicht eingeführt. 1964 wurde wegen der Bereitschaft vieler junger Leute, um des Gewissens willen ins Gefängnis zu gehen, das Bausoldatengesetz verabschiedet, das einen Dienst in der NVA ohne Waffen möglich machte, aber eben mit Uniform im Rahmen der Armee mit einem Gelöbnis. Ab 1961 gab es die Ordnungsgruppen der FDJ, in denen bereits Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr an Waffen ausgebildet wurden. Ab 1952/54 gab es bereits die Kampfgruppen. Ab 1978 und 1980 (1981 – Einführung des Kriegsrechtes in Polen) befürchteten viele Menschen eine immer stärkere Militarisierung des gesamten Lebens. Die Militarisierung des Lebens führte unabhängig, aber auch im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO, in der Reaktion zur Bildung von Friedensgruppen, auch der Gruppe „Frauen für den Frieden“, in Parallele zu der Friedensbewegung in Westeuropa und der Bundesrepublik – eigenständig, aber parallel. Die zunehmende Wahrnehmung und Einsicht in die katastrophale Umweltsituation führte in der Folgezeit zur Entstehung der Umweltgruppen. Die Beschäftigung mit den Menschenrechtsfragen und dem KSZE-Prozeß später, aber eben doch unter Aufnahme und Berücksichtigung der Charta 77 und der polnischen Bürgerrechtsbewegung, führte zur Bildung von Menschenrechtsgruppen, z. B. der wichtigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

Ab 1983 gab es einen DDR-weiten Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen unter der Schirmherrschaft und unter dem Dach der Kirche. Dieses Netzwerk „Konkret für den Frieden“ war für die Demokratisierung in der DDR bis zur Wende von größter Bedeutung. Das hat auch seine Auswirkungen auf die ökumenischen Versammlungen 1987 bis 1989 gehabt, obwohl zahlreiche IM hier in diesem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ eine nicht unwesentliche Rolle spielten – Wolfgang Schnur beispielsweise.

Ab 1982 gab es in Berlin jährlich die Friedenswerkstatt, an der sich DDR-weit viele Gruppen und Initiativen beteiligten. Bei diesen Friedenswerkstätten wie auch bei Seminaren und dem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ wurden in der Regel die gesellschaftlichen Fragen und Konflikte in großer Offenheit diskutiert, wobei der Staatsapparat und die Staatssicherheit bemüht waren, die Offenheit der Diskussion und Aktionen zu verhindern und einzuschränken.

1986 waren die Partei, der Staatsapparat, die Staatssicherheit und ein Teil der Kirchenleitung in Berlin-Brandenburg bemüht, die Fortführung der Friedenswerkstatt zu verhindern. Das gelang in einer konzertierten Aktion zwischen Vertretern der Kirchenleitung, der Staatssicherheit und dem Staatsapparat. In der bisher möglichen Weise war die Fortführung der Friedenswerkstatt in Berlin danach nicht mehr möglich, obwohl sie noch bis 1988 weitergeführt wurde. Damit aber hatte man faktisch bestimmte Gruppen DDR-weit aus dem Gesamtzusammenhang der Kirche herausgedrängt. Diese Gruppen gingen nun eigene Wege in mehr oder weniger lockerer Anbindung an die Kirchen oder im Schatten der Kirche und Einzelgemeinden und wirkten von da an noch stärker in die Gesellschaft hinein, wiederum in Kooperation mit bestimmten Gruppen der Kirche. Diese Verbindung ist im Grunde nie abgerissen. Die Staatssicherheit hat sich also, verbunden mit ihren IM und anderen Mitarbeitern in den Gruppen und der Kirche, mit ihren direkten und indirekten Einflüssen letztlich einen Bärendienst erwiesen, wie Gerhard Besier sagt.

### 3. *Beispiele für die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparität der Gruppen:*

#### 3.1. Friedenswerkstatt 1986 und die Folgen:

Seit 1982 gab es in Berlin diese Friedenswerkstätten, die von Mitarbeitern und vielen Gruppen der Kirche getragen wurden. Auch die Gruppen, die sich im Umfeld der Kirche befanden, sich aber als nicht kirchlich verstanden, waren inhaltlich und organisatorisch an diesen Friedenswerkstätten beteiligt. Es handelte sich um DDR-offene Veranstaltungen, das heißt, daß viele Menschen aus allen Teilen der DDR beteiligt waren, auch Menschen aus der Bundesrepublik und aus anderen Ländern Europas. In der Regel waren einige Hundert Menschen anwesend, einige Male auch einige Tausend. Die ersten Veranstaltungen fanden statt in der Zeit der Nachrüstungsbeschlüsse, der Aufstellung der Pershing 2 und SS 20, und waren für die ethische Urteilsbildung, die politische Meinungsbildung und den Austausch in den Gruppen und Initiativen von höchster Wichtigkeit. Jahr um Jahr wurde diese Veranstaltung vorbereitet und getragen von einem Vorbereitungs- und Mitarbeiterkreis. Sehr viel Energie und Zeit wurden investiert, viele kreative Aktionen und Einfälle waren für diese Veranstaltung kennzeichnend, natürlich auch Provozierendes. Der Arbeitsstil war, wenn man das heute noch einmal

Revue passieren läßt, demokratisch – basisdemokratisch. Es wurden Sprecher gewählt, die für die Kirchenleitung Ansprechpartner waren und am Tage der Veranstaltung selbst die Verantwortung mittrugen. Aber es gab von Beginn an auch Personen der Kirchenleitung, die seitens der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg in der Vorbereitungsgruppe mitarbeiteten und für diese Veranstaltung verantwortlich waren. In der Vorbereitungsgruppe war deshalb die Rede von einem Doppelkopf, der am Tage die letzte Entscheidung zu tragen hatte – eine Person seitens der Kirchenleitung, eine Person aus der Vorbereitungsgruppe. Themen der Friedenswerkstätten waren unter anderem: „Hände für den Frieden“, „Leben, nicht überleben“, „Die Verantwortung der Regierten“, „Miteinander streiten, solidarisch leben“.

Ab 1983 gab es das Netzwerk „Konkret für den Frieden“. Im Frühjahr 1989 wurde in diesem Netzwerk über den Antrag abgestimmt, ob man sich von nun an als eine politische Vereinigung verstehen solle. IM Thorsten, alias Wolfgang Schnur, und andere haben diesen Schritt mit Erfolg verhindert.

1986 kam es zu einem folgenschweren Eklat zwischen Kirchenleitung und Gruppen. In diesem Konflikt und in der Folgezeit wird die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Aktivitäten und der Themen der Gruppen augenfällig. Die Friedenswerkstatt 1986 hatte das Thema: „Frieden – und Gerechtigkeit?“ Viele Aktivitäten waren vorgesehen, vieles wurde durchgeführt. Die Kirchenleitung aber hatte eine folgenschwere Entscheidung hinsichtlich der Verantwortung am Tag selbst gefällt. Generalsuperintendent Günther Krusche hatte allein die Verantwortung für den Inhalt und Ablauf des Tages. An seiner Seite sollte wieder ein Vertreter der Vorbereitungsgruppe stehen, der aber seitens der Kirchenleitung nicht als Verantwortlicher angesehen wurde. Als dann am Stand der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ ein bis dahin noch nicht zur Kenntnis genommener Text über Menschenrechtsverletzungen in Rumänien von den zahlreichen Vertretern der Staatssicherheit registriert und die Tatsache seitens eines Staatsvertreters dem Generalsuperintendenten telefonisch mitgeteilt wurde, ergriff dieser die Initiative und nötigte die Gruppe, diesen Text abzuhängen. Als die Initiative sich weigerte, entfernte Krusche selbst den Text. Man muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß sich die Vorbereitungsgruppe von Beginn an selbst einer gewissen Vorzensurregel gebeugt hatte, daß alle Texte vorher der Vorbereitungsgruppe bekannt sein mußten. Diese Regel hatte immer wieder zu Problemen geführt, aber im Falle des Vorgehens von Krusche eskalierte der Konflikt derart, daß von da an seitens vieler Vertreter der Gruppen zu Krusche kein Vertrauen mehr bestand. Für Generalsuperintendent Krusche war nach Wahrnehmung der Gruppen entscheidender, was die staatlichen Vertreter telefonisch bemängelten, als der Wahrheitsgehalt der veröffentlichten Informationen, z. B. über die Wahlen in der DDR – das war am Stand der Samaritergemeinde – oder über die Menschenrechtsverletzungen in Rumänien. Verschiedene Texte mußten auf den

Einspruch des Staates und auf Veranlassung von Generalsuperintendent Krusche entfernt werden. Diese Friedenswerkstatt hatte ansonsten einen ähnlichen Aufbau und eine ähnliche Vielfalt wie die Veranstaltungen in den Vorjahren. Im Anschluß an diese Veranstaltung kam es am 11. Juli 1986 zu einem weiteren folgenschweren Beschluß der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und zu einem offenen Briefwechsel zwischen Generalsuperintendent Krusche und einem Mitglied der Sprechergruppe der Friedenswerkstatt. Der Brief von Dr. Krusche, in dem er auch den Kirchenleitungsbeschluß mitteilte, hatte folgenden Wortlaut – ich zitiere einmal so ein paar Abschnitte:

„Offener Brief an die Friedenskreise und Friedensgruppen in Berlin – Am 11. Juli 1986 faßte die Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg folgenden Beschluß: Die Kirchenleitung hält nach dem Verlauf der Friedenswerkstatt in diesem Jahr eine Denkpause für notwendig und beabsichtigt daher, im Jahre 1987 keine Friedenswerkstatt durchzuführen. Sie empfiehlt den Friedensgruppen, sich im Rahmen ihrer Gemeinden für den Kirchentag zu engagieren (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung).

Warum wir eine Denkpause für die Friedenswerkstatt im März des Jahres 1987 brauchen?

#### 1. Grund: Die Inhaltsfrage

Nach übereinstimmender Meinung haben die Friedenswerkstattveranstaltungen in den letzten Jahren zunehmend an Niveau verloren. Das betrifft nicht nur den theologischen Gehalt, worunter ja nicht unbedingt fromme Sprüche verstanden werden müssen, sondern auch das inhaltliche Niveau überhaupt, das den Ansprüchen aufmerksamer Zeitgenossen weitgehend nicht mehr genügt. Wir müssen daher auf die Vorbereitung viel mehr Zeit verwenden als bisher, wenn wir dem Anspruch genügen wollen, eine kirchliche Friedenswerkstatt zu veranstalten.

#### 2. Grund: Die schwindende Qualität

Wie viele Teilnehmer bei der Auswertung der letzten Friedenswerkstatt selbstkritisch festgestellt haben, kann eine künftige Friedenswerkstatt nicht mehr aus dem Handgelenk vorbereitet werden. Es ist aus diesem Grunde auch unmöglich, daß kurzfristig eingebrachte, improvisierte Beiträge auf einer Veranstaltung mit einem derartigen Öffentlichkeitsgrad dargeboten werden. Qualitätsarbeit braucht jedoch langfristige Vorbereitung.

#### 3. Grund: Die ungeklärte Frage der Zuständigkeiten.

#### 4. Grund: Die ungeklärte Frage der Vertretung gegenüber dem Staat.“

In diesem Abschnitt heißt es: „Über diese Frage muß sehr genau und unter Einschätzung der gegebenen Situation nachgedacht werden. Da die staatlichen Organe sich stets an die Kirchenleitung halten, muß die Kirchenleitung informiert sein und auch über alle Entwicklungen auf dem laufenden gehalten werden. Das ist jedoch oft nicht der Fall, da viele Mitarbeiter in der Friedens-

werkstatt der Meinung sind, die Kirchenleitung könne gar nicht die Vertretung der Friedenswerkstatt wahrnehmen. Über diese Frage muß endgültig Klarheit geschaffen werden.

5. Grund: Die massiven Kommunikations- und Verständigungsprobleme zwischen Kirchenleitung und Friedenswerkstatt.

6. Grund: Die Situation im Vorfeld des Kirchentages 1987.“

Da heißt es: „In der Diskussion hat immer wieder das Jahr 1987 mit dem geplanten Kirchentag eine gewisse Rolle gespielt. Es muß zwar als eine Verdächtigung zurückgewiesen werden, um des Kirchentages willen werde die Arbeit der Friedenswerkstatt geopfert. Nur muß darauf hingewiesen werden, daß gerade für die Lösung der unter 1. bis 5. genannten Probleme das Jubiläumsjahr mit der angespannten politischen Situation weniger Spielraum läßt als andere, neutralere Zeiträume. Eine Verschiebung der Friedenswerkstatt auf den Herbst würde, schon wegen der in jedem Fall zu respektierenden Sommerpause, für die Entlastung der Situation nichts austragen.“ Das heißt also, sie sollte in diesem Jahr überhaupt nicht mehr stattfinden.

„7. Grund: Mangelndes Vertrauen zwischen Kirchenleitung und Friedensgruppen und eine Zusammenfassung.“

Daraufhin hat es eine öffentliche Antwort gegeben. Daraus will ich nur ein paar Sätze zitieren: „Da ich von der Vorbereitungsgruppe der diesjährigen Friedenswerkstatt wiederum in die Sprechergruppe berufen wurde und neben Ihnen von seiten der Vorbereitungsgruppe am Tage der Friedenswerkstatt selbst die Möglichkeiten und Probleme der diesjährigen Friedenswerkstatt hautnah erlebt habe, halte ich es für meine Pflicht, nun auch meinerseits unmißverständlich Stellung zu beziehen. Ich teile Ihre Auffassungen an den meisten Punkten nicht: 1. Ich finde besonders die Art und Weise des Verfahrens unglücklich, wenn nicht gar unmöglich. Es ist mir unverständlich, daß der Beschluß der Kirchenleitung zunächst nur auf indirektem Weg bekannt wurde, ja daß die Sprechergruppe zunächst keine Mitteilung erhielt, geschweige denn, daß das Gespräch mit ihr gesucht worden wäre.“ usw. Also da gibt es eine ziemlich heiße Auseinandersetzung. Die Kirchenleitung bleibt bei ihrem Beschluß, zumal die Weichen in Richtung Regionalkirchentag Berlin-Brandenburg 1987 gestellt waren. Heute läßt sich unschwer erkennen, was damals zu vermuten und lediglich ein Gerücht war, daß es Absprachen zwischen den Vertretern des Staates und Vertretern der Kirchenleitung gegeben hat über die Eliminierung bestimmter Aktivitäten der Friedenswerkstatt und anderer Veranstaltungen, um den Kirchentag 1987 ungestört durchführen zu können. Im Vorfeld der Friedenswerkstatt hat – wie stets vor solchen brisanten Veranstaltungen – ein Gespräch im Magistrat von Berlin stattgefunden. In den Akten des MfS heißt es dazu: „Genosse Hoffmann verwies in diesem Gespräch auf die Verantwortung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für die Wahrung des ausschließlich religiösen Charakters und die Unterbin-

dung des politischen Mißbrauchs der Veranstaltung. Er forderte insbesondere die Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung des Auslegens von Druckerzeugnissen politisch negativen Inhalts und der Durchführung von Unterschriftensammlungen zu Eingaben provokatorisch-demonstrativen Charakters. Generalsuperintendent Krusche betonte, daß seitens der Kirchenleitung bereits im Vorfeld der Veranstaltung einige Aktivitäten 'eliminiert' worden seien. Er erachte es im Zusammenhang mit dem für 1987 geplanten Kirchentag der Landeskirche als notwendig, ein politisches Gespür für das Machbare bei derartigen Veranstaltungen zu entwickeln.“

Diese Planung aber ging so nicht auf, und zwar wegen des dann durchgeführten Kirchentages von unten, der den Eklat zwischen Kirchenleitung und Gruppen vor aller Welt sichtbar machte. Die Kirchenleitung selbst bzw. ein bestimmter Teil der Kirchenleitung hat in dieser Situation die innere Distanz von Vertretern der Gruppen, die sich im Umfeld der Kirche befanden, zur Kirche und zur Kirchenleitung verstärkt oder verursacht. Wesentlich mitbeteiligt bzw. selbst Initiator eines Abgrenzungskurses gegenüber bestimmten Gruppen im Umfeld der Kirche war wiederum Dr. Krusche, der zunächst bei seinem Amtsantritt als Generalsuperintendent auf die Gruppen zugeht und sie in gemeinsame Aktivitäten einbeziehen wollte. Im Generalkonvent der kirchlichen Mitarbeiter im Jahre 1986 aber sprach er bereits – noch vor der Friedenswerkstatt – sehr folgenschwere Sätze aus. Diese Sätze machten vielen deutlich, in welche Richtung sich die Leitung der Kirche von nun an bewegen könnte. Er sagte damals u. a.: „Das weitverbreitete Mißtrauen gegenüber der sogenannten Leitungsebene signalisiert ein Grundproblem unserer Kirche, den Mangel an Kommunikation. Die Tatsache, daß zwischen den verschiedenen Gruppen und Generationen unserer Kirche massive Verständigungsschwierigkeiten auftreten – wie z. B. im Verlauf unserer letzten Synode –, muß bedenklich stimmen. Die Arbeitskontakte zwischen Staat und Kirche haben sich positiv weiterentwickelt, und auch im Grundsätzlichen hat es keine Rückschläge gegeben. Besonders erschwert wird die Lösung der anstehenden Probleme jedoch durch die zu beobachtende Komplexität. Denn während auf der oberen Ebene das nüchterne Sachgespräch und der verständnisvolle Dialog die Regel ist, sind die Erfahrungen unterhalb sehr unterschiedlich. Kritische Distanz und Verweigerung können nicht das letzte Wort sein. Der Antagonismus der Systeme gehört zum Kontext des kirchlichen Lebens in Berlin. Deshalb müssen wir prüfen, ob wir Profilierungshilfe für die 'Grünen' gewähren und Sammelbecken für Systemkritiker sein wollen. Wenn es stimmt, daß der Friede unteilbar ist, dann kann der Friede nicht gegen die Kommunisten erstritten werden.“

Ab 1987, nach scheinbar einvernehmlichen Aktionen zwischen den Gruppen, Kirche und Staat während des Olof-Palme-Friedensmarsches für atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa – im Umfeld des Honecker-

Besuches in Bonn –, eskalierte die politische Situation in der DDR. Da gab es die Ereignisse um die Umweltbibliothek in der Zionskirche, im Winter 1988 die Ereignisse um die Rosa-Luxemburg-Demonstration und die Ausweisungen von Bürgerrechtlern, im Herbst 1988 die Relegierung der Schüler der Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow.

Bischof Dr. Forck nahm für alle sichtbar eine andere Position als z. B. Dr. Günter Krusche ein. Während der Frühjahrssynode 1988 hat sich Gottfried Forck von seiner evangelischen Position, wie er sie verstand, zu dem Engagement für die Gruppen geäußert und bekannt. Günter Krusche reagierte mit folgenden Worten vor der Synode darauf: „Differenzieren muß ich nun aber auch Ihre Ausführungen zum Thema Gruppen. Wir verkennen nicht, daß es in unserem Land viele Betroffene gibt, die ein Recht darauf haben, gehört zu werden. Aber das undifferenzierte Eintreten für jeden und für alles hat unsere Kirche in Zugzwang gebracht, ja erpreßbar gemacht. Um unserer Identität willen müssen wir unser Profil gegenüber den Gruppen bestimmen, und das wird ohne Abgrenzung nicht abgehen.“

Man muß sich jetzt in Erinnerung rufen, daß Gottfried Forck einundeinviertel Jahr später auf Druck von Honecker von Bischof Gienke aus Greifswald anlässlich der Dom-Einweihung förmlich ausgeladen wurde. Er wurde zur politischen Persona non grata.

Krusche erhält für seine Aktionen gegen die Gruppen sehr viel Beifall, z. B. von Hanfried Müller und den „Weißenseer Blättern“.

Immer wieder haben sich die Kirchenleitungen – und schließlich auch die Konferenz der Kirchenleitung – bemüht, ihr Verhalten zu den Gruppen zu bestimmen. Man kann da pragmatische, mehr theologische und politische Argumente unterscheiden. Ein Entwurf der Arbeitsgruppe Menschenrechte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ist 1989 bekanntgeworden, in dem in konfessorischer Weise Grenzen zu den Gruppen gezogen werden sollten. Da war nach Auffassung vieler die Barmer Theologische Erklärung mißbräuchlich verwendet worden, also zur Abgrenzung gegenüber diesen Gruppen. Dieser Entwurf wurde – offensichtlich nach einer kritischen Diskussion – zurückgezogen. Trotzdem hat Günther Krusche sehr ähnliche, fast wörtlich gleichlautende Thesen dann wieder in den Lutherischen Monatsheften veröffentlicht. Aber auch diese Veröffentlichung hat nicht mehr bewirken können, daß seine Position sich als kirchenleitende Generallinie auch in der Praxis durchsetzt. Hier sind – nun allerdings nach der Ausbürgerung von Freya Klier und Stephan Krawczyk – die Aussagen Gottfried Forcks sehr viel bestimmender geworden. Nach den Kommunalwahlen am 07.05.1989, den permanent zunehmenden Ausreisepersonen, den Vorgängen in Peking, im Vorfeld auch durch die Ökumenische Versammlung, welche Vertreter der Kirchen und der Gruppen zueinandergeführt hat, war die Abgrenzungslinie zu den Gruppen letztlich schon überholt. Anzumerken ist, daß auch die Vertreter der Gruppen

sich schwertaten im Umgang mit den vielen Ausreisewilligen. Viele haben es damals abgelehnt, solche Personen sehr aktiv in Aktionen einzubeziehen oder ihnen Verantwortung zu übertragen. Es bestand der permanente Verdacht, daß diese Personen durch ihre Mitarbeit nur ihr Ausreiseverfahren beschleunigen wollten. Vertreter der Gruppen wie auch Vertreter der Kirchen standen auf dem Standpunkt der Veröffentlichung der Kirche „Leben und Bleiben in der DDR“.

Eine relativ kleine Gruppe aus dem Bereich der Menschenrechtsgruppierungen hat sich den Anliegen der Ausreiseentschlossenen geöffnet, weil immer deutlicher wurde, daß Ausreiseentschlossene in einer rechtlosen Position waren. Es fällt mir heute im nachhinein auf, daß die Kirchen sich für die Entspannung in Sachen Ausreiseentschlossene relativ problemlos zur Verfügung stellten. Die weitere Entwicklung ging dann mehr oder weniger über viele hinweg, die um ein einvernehmliches Verhältnis zu den staatlichen Stellen bemüht waren und innerkirchlich einen Abgrenzungskurs zu den Gruppen durchsetzen wollten.

Ich breche hier einmal ab, würde gerne noch etwas zu den Vorgängen um die Kommunalwahlen sagen, aber das finden Sie dann in den Texten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Davon ausgehend, daß eine ganze Reihe unter uns eine solche chronologische Zusammenstellung nicht hat zur Kenntnis nehmen können, habe ich das so auch in dieser Länge durchgehen lassen, obwohl wir jetzt wieder, das muß ich ganz deutlich sagen, in Schwierigkeiten kommen werden.

Jetzt gleich Bruder Stauss aus Lauchhammer hinterher. Und dann nur Verstehensfragen, denn die beiden Brüder, die im Augenblick reden, sollen uns nur dabei behilflich sein, daß wir alle voll motiviert und voller Verständnis ins Podiumsgespräch mit einsteigen können. Also, es gibt jetzt hier danach keine große Diskussion mit den beiden Referenten, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen. Bitte schön, Bruder Stauss.

**Pfarrer Curt Stauss:** Ich bin Pfarrer in Lauchhammer, einer Industriestadt etwa 50 Kilometer nördlich von Dresden entfernt. Ein Text liegt Ihnen nicht vor, das heißt, ich muß zu Ende bringen oder, ohne daß Ihnen etwas vorliegt, abrechnen. Ich werde mich darum bemühen.

„Die Kirche und die Gruppen“ – Gruppen gab es immer in der Kirche. Das Thema aber wurde virulent, als seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend Gruppen mit ihren Treffen, Papieren und Aktivitäten die Sicherheitsorgane der DDR beschäftigten, und als staatliche Stellen in demselben Maß Druck auf Kirchenleitungen auszuüben begannen. Das Thema „Die Kirche und die Gruppen“ wurde zunehmend virulent, denn Netzwerke von Basisgruppen